



**Organization for Security and Co-operation in Europe
Secretariat**

PC.NGO/9/06
30 October 2006

GERMAN only

Conference Services

**Tolerance Implementation Meeting:
Addressing the Hate Crime Data Deficit**

**Hofburg, Vienna
9–10 November 2006**

Please find attached background information by and with regard to the "*Opferperspektive, Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt*".

More information can be obtained from www.opferperspektive.de.

Rechtsextreme Gewalt in Brandenburg

Fast jede Woche werden Menschen in Brandenburg aus rechtsextremen Motiven gewalttätig angegriffen. Es trifft Menschen aus anderen Herkunftsländern, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle und alternative Jugendliche.

Während in Politik und Sozialarbeit vor allem über die Situation der rechtsextremen Täter gesprochen wird, über schlechte Berufsperspektiven, mangelnde Jugendclubs und Versäumnisse im Elternhaus, geraten die Opfer oft aus dem Blickfeld.

Es bleibt unbemerkt, wie stark die Tat die Betroffenen aus ihrem Alltag herausreißt: Sie bleiben allein mit der körperlichen Beeinträchtigungen und mit ihren Ängsten; sie sind allein, wenn sie im Gerichtssaal auf die Täter treffen. Noch lange nach der eigentlichen Tat fühlen sich die Betroffenen bedroht und verunsichert.

Schweigen und Gleichgültigkeit bestätigen bei den Tätern das Gefühl, in Sinne der Mehrheit zu handeln.

Wir wollen dieses Schweigen, die Isolation der Opfer durchbrechen und zu einem sozialen Klima beitragen, in dem sich alle Menschen frei und ohne Angst bewegen können.



Lindenstr. 47
14467 Potsdam
Tel.: 0171 - 19 35 669
Fax: 01212 - 5 - 11 55 98 89
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Opferperspektive e.V. ist Mitglied in

- Arbeitskreis der Opferhilfen (ADO)
- Arbeitsgemeinschaft der Beratungsprojekte für Opfer von rassistischer, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewalt (agOra)
- Netzwerk für Opfer rechtsextremer Gewalt Brandenburg (NORG).

Die Arbeit wird gefördert durch:



Helfen Sie mit einer Spende.

Opferperspektive e.V.
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
BLZ: 160 500 00
Kto-Nr.: 350 202 3041

Opferperspektive e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Ihre Spende ist daher für Sie steuerlich absetzbar. Informationen und Service für Spenderinnen und Spender unter: www.opferperspektive.de



0171 - 19 35 669

Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt

Wenn Sie von rechtsextremer Gewalt betroffen sind, wenden Sie sich an uns.

Wir treffen uns mit Ihnen an einem Ort Ihrer Wahl, damit Sie uns berichten können, was passiert ist. Gemeinsam überlegen wir dann, wie wir Sie unterstützen können.

Wir bieten Ihnen an

- Darstellung Ihrer rechtlichen Möglichkeiten
- Unterstützung bei Behördengängen und Antragstellungen
- Begleitung bei Gerichtsverfahren
- Vermittlung psychotherapeutischer Hilfe, wenn Sie sich auf Grund des Angriffes in einer persönlichen Krise befinden
- Kontakt zu Initiativen vor Ort, die Ihnen nach dem Angriff zur Seite stehen können

Wenn wir von einem rechtsextremen Angriff erfahren, nehmen wir Kontakt zu den Betroffenen auf und bieten Beratung und Unterstützung an.

Unterstützung für Initiativen vor Ort

Wir unterstützen und vernetzen Initiativen, die sich vor Ort für Opfer rechtsextremer Gewalt einsetzen wollen.

Was Sie tun können

- Rufen Sie uns an, wenn Sie von rechtsextremen Angriffen erfahren.
- Informieren Sie Betroffene über unser Beratungsangebot.
- Sehen Sie bei Angriffen nicht weg. Helfen Sie! Erklären Sie sich bereit, als Zeugin/Zeuge auszusagen.
- Lassen Sie die Betroffenen nicht allein. Stellen Sie sich öffentlich auf die Seite der Opfer.
- Helfen Sie mit, Opfer vor zukünftigen Angriffen zu schützen. Überlegen Sie mit uns, was bei Ihnen vor Ort getan werden kann, um demokratische und gleichberechtigte Umgangsweisen zu stärken.

Informationen und Öffentlichkeit

- Information der Öffentlichkeit aus der Sicht der Betroffenen
 - Dokumentation rechtsextremer Angriffe und ihrer Folgen für die Betroffenen in anonymisierter Form
 - Informationsveranstaltungen zum Umgang mit Rechtsextremismus
- <http://www.opferperspektive.de>
- Aktuelle Informationen über rechtsextreme Gewalt in Brandenburg
 - Die Arbeit von Opferperspektive e.V.

- Broschüren und Informationsblätter

2005-12-18

An der Seite der Opfer rechter Gewalt

Die Opferperspektive ist ein in Potsdam ansässiger gemeinnütziger Verein, der sich für Opfer rechter Gewalt einsetzt.

damit jeder Mensch, gleich welchen nationalen, ethnischen, religiösen, sexuell-orientierten oder weltanschaulichen Hintergrunds, frei und ohne Angst sich bewegen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann (Opferperspektive e.V.).

Woche für Woche werden Menschen von rechten GewalttäterInnen geschlagen und erniedrigt. Sie werden aus ihrem Alltag gerissen, verletzt und verängstigt. Die Gewalt trifft in der Regel Menschen, die als Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten bereits unter Diskriminierung leiden. Ihnen wird von den TäterInnen das Lebens- und Aufenthaltsrecht abgesprochen. Die TäterInnen sehen sich durch die Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft und in politischen Diskursen ermächtigt, als »Vollstrecker des Volksempfindens« gegen Minderheiten aufzutreten.

Die Opferperspektive recherchiert und erfasst systematisch Fälle rechter Gewalttaten im Land Brandenburg. Sie veröffentlicht fortlaufend eine Chronologie rechter Gewalttaten sowie Statistiken und Analysen über die Entwicklung rechter Gewalt.

Der Verein bietet landesweit eine aufsuchende Beratung für Menschen, die Opfer rechter Gewalt wurden, ihre Angehörigen und FreundInnen sowie ZeugInnen. Die Beratung ist parteilich und zielt darauf, den Menschen, die von rechten GewalttäterInnen zu Opfern gemacht wurden, zu helfen und sie dabei zu begleiten, die Gewaltfolgen zu überwinden.

Das Monitoring und die Opferberatung verknüpft die Opferperspektive mit politisch-sozialen Interventionen, die Prozesse gesellschaftlicher Solidarität mit den Opfern auslösen und dadurch zur Ächtung von Rechtsextremismus und Gewalt beitragen sollen. Dazu gehört, Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Institutionen und Medien dazu einzuladen, durch die Solidarisierung mit den Opfern ein klares Zeichen zu setzen. Dazu gehört auch, jene Gruppen zu stärken und zu unterstützen, die als gesellschaftliche Minderheiten Diskriminierung und Gewalt erfahren. Die Opferperspektive thematisiert rechte Gewalttaten aus der Sicht der Opfer und sucht die Auseinandersetzung mit ihrem gesellschaftlichen Kontext.

Gegründet wurde die Opferperspektive 1998 von antifaschistischen AktivistInnen, die dem Verharmlosen und Verschweigen von Rechtsextremismus die praktische Solidarität mit den Opfern entgegensetzten. Aus dieser Initiative entstand mit dem Verein Opferperspektive e.V. im Jahr 2000 die erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland.

OPP

2003-12-15

Kernbereiche der Beratung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten

Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt arbeiten eng vernetzt und haben ein gemeinsames Profil der Arbeit.

Die Arbeit der Beratungsstellen ist dem Prinzip der Opferperspektive verpflichtet. Ihr Leitgedanke ist die Erweiterung der gesellschaftlichen Diskussion über rechte Gewalt um die Perspektive der Opfer. Dadurch sollen Solidarisierungsprozesse mit den Opfern angeregt und gesellschaftliche Prozesse gefördert werden, die rechtsextreme Straf- und Gewalttaten zukünftig verhindern helfen. Zudem sollen die Betroffenen nach der Gewalterfahrung darin unterstützt werden, aus der Passivität der Opferrolle herauszufinden, um sich in Zukunft wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Bei den Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten handelt es sich in der Regel um Menschen, die innerhalb bestimmter Sozialräume als ethnische, kulturelle oder soziale Minderheiten begriffen werden. Das Eingehen auf die Betroffenen steht bei der Arbeit der Beratungsstellen im Vordergrund. Die Beratung ist parteiisch. Allerdings werden die Beratungsstellen nur aktiv, wenn neben der subjektiven Interpretation eines Angriffs durch einen Betroffenen auch glaubhafte Indizien für eine rechtsextreme Tatmotivation vorliegen.

Die Beratungsarbeit setzt ein, wo Rechtsextremisten physische Gewalt gegen einen Menschen ausüben. In der Praxis hat sich gezeigt, dass für die Betroffenen auch Bedrohungen, Ehrverletzungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen als Gewalt erlebt werden. Es ist aus der sozialwissenschaftlichen Forschung bekannt, dass sich rechtsextreme Ideologiefragmente unterschiedlich ausgeprägt in verschiedenen gesellschaftspolitischen Diskursen und soziokulturellen Milieus wiederfinden. So ist zu beobachten, dass sich viele rechtsextreme Gewalttäter in ihrer subjektiven Wahrnehmung als Vollstrecker eines vermeintlichen „Volkswillens“ legitimiert sehen. Ein Ansatz, der rechtsextreme Angriffe gegen Minderheiten konsequent aus der Sicht der Betroffenen thematisiert, muss notwendigerweise die Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlichen Kontext rechtsextremer Gewalt einbeziehen.

1. Recherche

Im Bereich rechtsextrem motivierter Angriffe ist die Dunkelziffer sehr hoch. Vor allem Fälle von Nötigung, Beleidigung und Bedrohung werden von den Betroffenen oftmals nicht angezeigt. Häufig sind die Betroffenen nicht ausreichend informiert und der Meinung, dass es sich bei solchen Taten um nicht-justiziable Übergriffe handelt. Außerdem führen vorherige Erfahrungen der Betroffenen zum Teil zu einem Gewöhnungseffekt; der erlittene Angriff wird in eine lange Reihe negativer Erfahrungen eingeordnet. Sprachprobleme und Diskriminierungserfahrungen tragen dazu bei, dass bei vielen Opfern rechtsextremer Gewalttaten ein grundsätzliches Vertrauen in die polizeiliche Ermittlungstätigkeit und in den Justizapparat nicht vorhanden ist. Diese unterschiedlichen Motive dürften dafür verantwortlich sein, dass viele Angriffe, die von Rechtsextremisten verübt werden, nicht zur Anzeige kommen und daher nur selten öffentlich bekannt werden. Eine systematische und kontinuierliche Recherche bildet deshalb einen ersten Kernbereich der Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Ziel ist es, alle Angriffe zu recherchieren, die auf einem rassistischen, rechtsextremistischen oder antisemitischen Hintergrund basieren, um so die Betroffenen zu identifizieren und ihnen ein Hilfsangebot unterbreiten zu können. Gleichzeitig werden durch die Recherche Informationen über die Täter und deren vermutliche Motivationen zusammengetragen, die für die weitere Arbeit der Beratungsstellen von Bedeutung ist.

Die Recherche basiert auf regelmäßigen Auswertungen von Lokal- und Regionalzeitungen,

verschiedenen Internetquellen und speziellen Presseverteilern sowie auf den Informationen von Kooperationspartnern (JournalistInnen, Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften, Ausländerbeauftragten etc.).

2. Kontaktaufnahme

Die praktische Arbeit hat gezeigt, wie wichtig es für die Betroffenen ist, dass der Erstkontakt zu einer Beratungsstelle möglichst zeitnah zu dem erfolgten Angriff hergestellt wird. Insofern gilt es, die recherchierten Sachverhalte umgehend und in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern vor Ort zu bewerten. In der Regel werden dann die Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten von den Beratungsstellen angeschrieben, um ihnen so die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme selbst zu überlassen.

Trotz dieser Bemühungen kommen nur wenige der Betroffenen direkt zu den Beratungsstellen. Auf Grund der spezifischen Situation der Opfer rechtsextremer Gewalttaten, die von mangelnder Mobilität, großer Rechtsunsicherheit, sprachlichen Verständigungsproblemen und tiefem Misstrauen gegenüber Behörden und Institutionen gekennzeichnet ist, hat sich in der Praxis ein Zugehen auf die Betroffenen als adäquate Form der Kontaktaufnahme bewährt. Angesichts der verbreiteten Skepsis gegenüber staatlichen Behörden und insbesondere gegenüber der Polizei haben die Erfahrungen gezeigt, welche Vorteile die Beratungsstellen einer von staatlichen Institutionen unabhängigen Organisation gerade im äußerst sensiblen Feld der Kontaktaufnahme zu den Betroffenen besitzen.

Der systematischen Fallrecherche und Fallkategorisierung folgt die Identifizierung der Opfer. In diesem zweiten Kernbereich spielt ein ausgedehntes und gepflegtes Kontaktnetzwerk zu kommunalen Kooperationspartnern eine ausschlaggebende Rolle. Diese vermitteln entweder den Kontakt zu den Betroffenen direkt oder geben, nach Absprache mit den Opfern, den Namen an die Opferberatungsstellen weiter. Mit der zunehmenden Dauer der Beratungstätigkeit der Opferberatungsstellen konnten nicht nur die Netzwerke zu Kooperationspartnern gestärkt und systematisch ausgebaut werden; auch frühere Opfer rechtsextremer Gewalt, zu denen meist ein gutes Vertrauensverhältnis besteht, stellen immer wieder von sich aus den Kontakt zwischen den Betroffenen und den Beratungsstellen her. Der Stellenwert von kommunal angebundenen Kooperationspartnern und ehemalig Betroffenen, die den Opferberatungsstellen das Zugehen auf die Opfer ermöglichen, ist insbesondere angesichts der Tatsache hervorzuheben, dass behördliche Vertreter aus datenschutzrechtlichen Gründen die Namen von Opfern nicht weitergeben dürfen.

3. Beratungsverlauf

In Anlehnung an die Standards des Arbeitskreises der Opferhilfen (ado) sind die wesentlichen Prinzipien der Beratungsarbeit Freiwilligkeit, Vertraulichkeit und Anonymität. Das Beratungsangebot ist unentgeltlich und niedrig schwellig angelegt. Dieser dritte Kernbereich der Tätigkeit der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten erweist sich in aller Regel als sehr zeitintensiv. Nicht selten liegen zwischen einer Tat und einer gerichtlichen Hauptverhandlung ein bis eineinhalb Jahre. Hat ein Angriff posttraumatische Belastungsstörungen ausgelöst, kann dieses Folgeproblem ein Beratungsverhältnis über Monate, wenn nicht sogar über Jahre bestimmen.

Im Normalfall wird das Erstgespräch in Form einer aufsuchenden Beratung durchgeführt. Dabei wird dem Opfer die Möglichkeit gegeben, über den erlebten Angriff und dessen Folgen ausführlich zu berichten. Die Beratungsstellen erhalten in diesen Gesprächen einen Überblick über die Tat und ihre Auswirkungen für das Opfer und können auf dieser Grundlage den konkreten Beratungsbedarf ermitteln.

Von besonderer Bedeutung für eine erste Einschätzung vom Tatgeschehen und vom Zustand des Klienten sind eine umfangreiche, subjektive Tatschilderung durch den Betroffenen, eine Erfassung

der sonstigen Lebenssituation und des sozialen und kommunalen Umfeldes sowie eine erste Beurteilung der akuten Bedrohungssituation und der psychosozialen Situation des Betroffenen.

Die einzelnen Beratungsverläufe unterscheiden sich je nach psychosozialer Situation der Betroffenen, deren individuellen Ressourcen und Bedürfnissen, dem vorgefundenen politischen Klima in der Kommune sowie der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe.

Unabhängig davon gehören zu den Beratungsstandards der Beratungsstellen folgende regelmäßig angebotenen Maßnahmen:

- psychosoziale Beratung nach systemischen Gesichtspunkten
- psychologische Krisenintervention
- Vermittlung psychotherapeutischer Unterstützung
- Recherchen zum Grad der weiteren Bedrohung
- rechtliche Hinweise
- Vermittlung juristischer Unterstützung
- Begleitung und Unterstützung im Rahmen von Straf- und Zivilverfahren
- Hilfe bei der Beantragung von (Entschädigungs-)Leistungen

4. Beratung von Betroffenenengruppen

Gewalt- und Straftaten von Rechtsextremisten richten sich in der überwiegenden Anzahl der Fälle gegen einzelne Individuen. Diese werden jedoch zum Ziel von Angriffen, weil sie von den Tätern einer bestimmten, von ihnen abgelehnten Personengruppe zugeordnet werden. Bei diesen Personengruppen handelt es sich in aller Regel um MigrantInnen, Flüchtlinge, Menschen schwarzer Hautfarbe, alternative oder nicht-rechte Jugendliche, Menschen jüdischen Glaubens, AussiedlerInnen und Obdachlose. Allerdings ist der Kreis der von rechtsextremistischen Gewalttaten potenziell Betroffenen dehnbar. So können auch einzelne Personen, die sich sozial besonders stark engagieren oder sich rechtsextremen Bestrebungen offensiv in den Weg stellen, zu Opfern von Gewalttaten werden. Auch wenn in einem konkreten Fall lediglich ein Individuum von einer Gewalttat betroffen ist, so haben rechtsextreme Gewalttaten regelmäßig direkte Auswirkungen auf eine ganze Gruppe von Menschen. Neben einer persönlichen Viktimisierung muss daher zumeist auch von einer kollektiven Viktimisierung ausgegangen werden, die diejenigen erfahren, die zum potenziellen Kreis der Betroffenen gehören. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass die Arbeit mit Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten nicht bei der Bearbeitung individueller Gewalterfahrungen stehen bleiben kann, vielmehr müssen kollektive Prozesse von Viktimisierung berücksichtigt und bearbeitet werden.

Die Beratung von potenziell Betroffenen erfolgt normalerweise in Gruppengesprächen. Abgestimmt auf die spezifische Gruppe der Betroffenen wird in Gesprächsrunden die Möglichkeit gegeben, erlebte Diskriminierungen, Übergriffe und Angriffe zu thematisieren.

Oberstes Ziel dieses vierten Kernbereichs der Beratungstätigkeit ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Den Betroffenen wird ermöglicht, gemeinsame Erfahrungen auszutauschen und dadurch zu einer realistischen Einschätzung der Gefährdungslage in einer Kommune/einem Stadtteil zu gelangen. Ihnen werden Kompetenzen vermittelt, wie mit möglichen Angriffen umgegangen werden kann (Erkennen möglicher Täter, Verhalten bei einem Angriff), sowie Handlungsmöglichkeiten nach einem Angriff erläutert (Verhalten bei der Polizei, Anzeige, Solidarisierungsprozess in der Kommune anregen).

5. Lokale Intervention als Prävention

Eine lokale Intervention geht in der Regel von einem konkreten Fall aus und ist mit dem oder den Betroffenen abgestimmt. Interventionen sind Maßnahmen, die darauf abzielen, das gesellschaftliche

Umfeld für die Situation eines Opfers oder einer Opfergruppe zu sensibilisieren. Langfristiges Ziel dieses fünften Kernbereichs ist es, Solidarisierungseffekte vor Ort mit den Opfern und potenziellen Opfergruppen auszulösen. Rechtsextremen Gruppen soll dadurch eindringlich signalisiert werden, dass sie für ihre Taten keine Unterstützung in der Kommune erwarten können.

Lokale Interventionen auf dem Feld der Opferberatung erfordern eine strategische Planung. Vorgehensweise und mögliche Auswirkungen sind mit den Betroffenen direkt und im Detail abzustimmen. Art und Umfang der Interventionsstrategien orientieren sich an der spezifischen Gruppe, der sich die Betroffenen zuordnen, an dem vorgefundenen lokalen Kontext und den Kapazitäten des Teams der zuständigen Opferberatungsstelle. Gewöhnlich wird eine Intervention dann in Betracht gezogen, wenn sich Angriffe in einer Kommune/einem Stadtteil häufen.

Durch Gespräche mit den Betroffenen, mit lokalen Kooperationspartnern und mit den zuständigen Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern wird zunächst eine Einschätzung erarbeitet, wie die Angriffe im lokalen Kontext, insbesondere von den politischen Funktionsträgern, wahrgenommen werden. Davon ausgehend ist in Abstimmung mit den Betroffenen zu erörtern, in welcher Form die Angriffe in der Kommune zu thematisieren sind.

Lokale Interventionen umfassen folgende Handlungsfelder:

- Gespräche im sozialen Umfeld der Betroffenen (Freunde, Angehörige, Nachbarn)
- Gespräche mit Kooperationspartnern aus den Kommunen (Netzwerkstellen, Mobile Beratungsteams, Integrationsbeauftragte, alternative Gruppen, kirchliche Vertreter, lokale politische Funktionsträger etc.)
- Organisation von Informationsveranstaltungen und Aktionen für unterschiedliche Zielgruppen mit verschiedenen Partnern
- Öffentlichkeitsarbeit, die auf lokale Medien abzielt
- Öffentlichkeitsarbeit, die auf den überregionalen Kontext abzielt

6. Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Die Beratungsstellen informieren gezielt über die spezifische Situation von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Durch diese kontinuierliche Arbeit sind die Beratungsstellen über den lokalen Kontext hinaus bei Medienvertretern als kompetente Ansprechpartner anerkannt. Dies gilt in zunehmendem Maße auch für Vertreter aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich dem Thema Rechtsextremismus und Opfer rechtsextremer Gewalttaten befassen wollen.

Insbesondere auf dem Feld einer fallspezifischen Zusammenarbeit mit Medien gilt, dass jeder Schritt auf dem Wege einer Veröffentlichung mit den Betroffenen abgestimmt wird und mögliche Folgen ausführlich besprochen werden.

Die Beratungsstellen veröffentlichen im Internet aktuell geführte Chroniken rechtsextremer Angriffe. Diese dienen in der Öffentlichkeit als zusätzliche außerstaatliche Informationsquellen über rechtsextreme Angriffe aus Sicht der Opfer. Im Zuge der Entwicklung qualitativer Standards auf dem Feld der Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation fassen die Beratungsstellen inzwischen die einzelnen Chroniken für gemeinsame Veröffentlichungen zusammen.

OPP

2001-06-01

Das Prinzip Opferperspektive

Ein grundlegender Text der Opferperspektive aus dem Jahr 2001

»Das mit der Gewalt gegen die Ausländer, das wird doch nur von den Medien hochgespielt. Wenn ein Deutscher von einem Ausländer angegriffen wird, da regt sich keiner drüber auf.« Ist rechte Gewalt, sind Rechtsextremismus und Rassismus nur Medienthemen, die dazu dienen, die Ostdeutschen schlecht zu machen?

Die Situation hat sich gewandelt, zumindest auf der Oberfläche. Es ist noch nicht allzu lange her, dass rechtsextreme Angriffe nur stereotype Reflexe auslösten. Am besten verschweigen, weil sonst der Ruf der Stadt in Mitleidenschaft gerät. Wenn verschweigen nicht geht, dann verharmlosen. Bestimmt hatte der Angriff keinen rassistischen Hintergrund, vermutlich war es ein privater Streit, der Ausländer wird provoziert haben. Was hat der auch nachts um die Uhrzeit auf der Straße verloren?

Die Situation hat sich gewandelt, aber nur auf der Oberfläche. Es ist mancherorts von Toleranz und Weltoffenheit die Rede, die Täter werden nicht mehr als Opfer der Verhältnisse entschuldigt, sondern von der Justiz bestraft, Opfer rechter Gewalt berichten im Fernsehen von ihren Traumata. Und die Angriffe gehen weiter.

Eigentlich ist der Rechtsextremismus heute lächerlich, nicht ernst zu nehmen. Grüppchen und Parteien, die von einer deutschen Volksgemeinschaft fabulieren und ein Viertes Reich herbeiphantasieren. Lächerlich wäre der Rechtsextremismus, wenn die Rechtsextremen nicht Menschen tot schlagen würden. Denn Rechtsextremismus ist keine Meinung, Rechtsextremismus ist eine real existierende Macht mit potenziell tödlicher Wirkung.

Guben ist überall

Die Situation hat sich nicht grundlegend gewandelt. Das rassistische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung, dessen Vollstrecker die rechtsextremen Schläger sind, zeigt sich wenig beeindruckt von Toleranzappellen und der Rechnung, dass der Standort nützliche Ausländer brauche. Aufschlussreich ist das Beispiel von Guben. Die Hetzjagd von Guben, bei der der Algerier Farid Guendoul im Februar 1999 in den Tod getrieben wurde, löste zwar einen Aufschrei der Betroffenheit aus; in der Bevölkerung Gubens und im Gerichtssaal, bei den Verteidigern, wirkten jedoch die alten Mechanismen. Die Umkehrung von Tätern und Opfern funktionierte noch. Die Verteidiger erzählten die Täterversion, wie sie in Guben schon einen Tag nach der Tat kursierte. Danach seien die angeklagten Jugendlichen gar keine Rechtsextreme sondern eher »neutral«. Sie seien es gewesen, die zuerst von Vietnamesen in einer Disko provoziert wurden, und dann sei einer von ihnen von einem Schwarzen mit einer Machete verletzt worden. Den hätten sie nur suchen und dann der Polizei übergeben wollen. Das sei eine »völlig normale, sozial adäquate Verhaltensweise«, wie sich ein Verteidiger ausdrückte. Die wahren Opfer seien die Jugendlichen selbst, die zudem noch von den Medien als Rechtsextreme stigmatisiert würden. Auf der anderen Seite die angeblichen Opfer, die zumindest eine Mitschuld treffe. Warum rannten sie denn weg, hatten sie vielleicht etwas vor der Polizei zu verbergen? Waren sie etwa in Drogenhandel verstrickt? Und überhaupt: Wenn der so bekloppt ist und durch die Scheibe läuft! Vielleicht wussten die Ausländer ja nicht, dass man in Deutschland eine Tür mit der Klinke aufgemacht.

Diese Reaktionsweisen, die von einer Mehrheit der Gubener Bevölkerung geteilt wurden, zeigen, wie das rassistische Weltbild konstruiert ist. Auf der einen Seite das deutsche Volk als

Opfergemeinschaft – immer unschuldig, immer missverstanden, von allen betrogen, beraubt und verletzt – auf der anderen Seite die »PC-Diktatur«, zusammengesetzt aus kriminellen Ausländern, rachsüchtigen feministischen Nebenklagevertreterinnen, System-Medien, die eine Charakterwäsche am deutschen Volk betreiben, und Antifa-Schlägern. Widerstand dagegen ist Notwehr.

Der Aufschrei der Betroffenheit über die Hetzjagd führte nicht zu einer Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Tat möglich gemacht haben. Der Aufschrei ersticke bald und ging in selbstmitleidiges Jammern über. Und Gubens Bürgermeister wurde im November 2001 abgewählt, weil er sich »mehr um die Polen und die Asylbewerber als um uns gekümmert« hat. Der neue Bürgermeister gibt zu verstehen: »Das war doch keine Hetzjagd, sondern eher eine Verkettung unglücklicher Umstände.« Rassisten möchten mit unbequemen Fragen nicht weiter behelligt werden.

Es geht weiter

Unter der Oberfläche medialer Toleranzdiskurse lebt das rassistische Weltbild fort. Die rechtsextreme Gewalt ist sein bisweilen tödlicher Ausdruck, auch die stereotypen Reaktionen auf rechtsextreme Gewalt sind in ihm angelegt. Erst im Zusammenspiel mit dem öffentlichen Verharmlosen und Verdrehen entfalten die Taten die von den Rechtsextremen beabsichtigte Wirkung: »Scheiß Ausländer! Verpiss dich aus unserem Land!«

Andere Zeit, anderer Ort, selber Mechanismus. Nicht mehr Guben sondern Schwedt im Jahr 1993. Ein Lehrer, der offen gegen Rechte auftritt, wird vor dem Café »Lisa« von Nazi-Skinheads verprügelt. Es gelingt ihm zu fliehen, doch ein paar Straßen weiter holen ihn maskierte Schläger ein. Sie treten ihm ins Gesicht und schlagen auf ihn ein. Als das Opfer schon regungslos am Boden liegt, streicht einer der Täter über dessen Kopf und sagt fast freundlich: »Halt dich raus bei der Antifa, sonst kommen wir wieder.« F. wird ins Krankenhaus eingeliefert. Sein linkes Auge ist vollständig geschwollen. Die Diagnose: Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung. Niemand, kein einziger Lehrer, kein Schulleiter, kein Vertreter der Elternschaft solidarisierte sich öffentlich mit dem zusammengeschlagenen Lehrer. Die Wirkung auf ihn: er hat sich von politischem Engagement zurückgezogen, noch heute spricht er nicht mit der Presse.

Das Nicht-Verhalten gegenüber einer rechtsextremen Gewalttat bedeutet für die Opfer eins: praktische Entsolidarisierung. Erst das befestigt die Macht der Täter, erst das bewirkt die Ausgrenzung. Wie würde eine Strategie gegen die Tätersversion der rechtsextremen Angriffe aussehen? Was lässt sich dem rassistischen Weltbild, dem breiten rassistischen Einstellungspotenzial entgegensetzen?

Einen Versuch haben wir gestartet. Die »Opferperspektive« ist nicht nur ein kleiner Verein in Brandenburg, der Opfer rechtsextremer Gewalt berät. Die Opferperspektive ist eigentlich ein Prinzip, das mit der konsequenten Parteinahme auf Seiten der Opfer anfängt und mit praktischer Unterstützung weitergeht. Das bedeutet zuallererst: auf die Angegriffenen zugehen und ihnen zeigen, dass sich nicht alle entsolidarisiert haben. Dass es Menschen gibt, die nicht achselzuckend am Unrecht der Angriffe vorbeigehen, sondern sich so empören, dass sie auch eingreifen würden. Die Anteil nehmen, aber nicht vor Betroffenheit gelähmt sind, sondern den Versuch unternehmen, die Sichtweise der Angegriffenen nachvollziehen. Nur so kann gemeinsam mit den Angegriffenen überlegt werden, was helfen könnte.

Ziel der Unterstützung ist es, den Angriffen so weit wie möglich ihre Wirkung zu nehmen. Also den Angegriffenen Wege zu organisieren, so dass sie nicht in einer passiven Opferrolle verharren und sich aus dem Leben zurückziehen. Ihnen Instrumente an die Hand geben, mit denen sie ein Stück weit die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen und wieder selbstbestimmt Handelnde werden können. Konkret bedeutet das, ihnen vermitteln, welche Rechte sie haben und wie sie diese Rechte durchsetzen können. Oder nach AnwältInnen für eine Nebenklage suchen. Oder nach

Therapieplätzen suchen, falls sie unter einer Traumatisierung leiden. Sie in Konflikten mit Behörden unterstützen, falls die Behörden sie zwingen, weiter am Ort des Angriffs zu leben. Sie bei Polizei und Gericht begleiten.

Lernprozesse der UnterstützerInnen

Das Interesse der Opfer rechter Gewalt ist es jedoch nicht nur, so gut wie möglich die Folgen eines Angriff zu verarbeiten. Der Angriff hätte nicht geschehen dürfen und darf nicht wieder geschehen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Angriff möglich gemacht haben, müssen sich ändern. Die rassistische Stimmung in der Bevölkerung, die von den Tätern schlagend umgesetzt wurde, muss sich ändern. Doch wo anfangen? Die Perspektive der Opfer ermöglicht wichtige Aufschlüsse und Lernprozesse für die UnterstützerInnen.

Die erste Erfahrung ist, wie lebensfeindlich der Angriff ist. Der Täter beansprucht alle Macht über das Leben, selbst wenn der Angriff objektiv nicht lebensbedrohlich ist. Das Opfer muss mit der Möglichkeit eines tödlichen Ausgangs rechnen, und sei es nur bei einem einfachen Schlag. Es ist eine extreme, existenzielle Erfahrung von Macht und Ohnmacht. Selbst in dieser Situation wehrt sich etwas im Opfer, und sei es nur, indem es sich vor Zerstörung schützt und überlebt. Wer diese Erfahrung nachvollzieht, den lassen die Angriffe nicht mehr kalt, die überlegt, was gegen rechtsextreme Gewalt getan werden könnte. Es ist wie eine Übung für das eigene Vorstellungsvermögen und für eine humane Sensibilität.

Die zweite Erfahrung ist, dass sich die Gewalt nicht von ihrem Kontext trennen lässt. Eine der ersten Fragen, die sich Opfer nach einem Angriff stellen, ist: »Warum ist mir das passiert? Ich habe ihnen doch gar nichts getan, die kennen mich ja nicht mal.« Die Antwort kann nur lauten: Ja, der Angriff hat nichts mit dir als Person zu tun, die irgend etwas getan oder nicht getan hätte. Der Angriff ist keine Strafe für irgend etwas. Der Angriff hat allein mit den Vorstellungen der Täter zu tun, und in diesen Vorstellungen lebst du nicht als besonderer Mensch mit Name, Gesicht und Geschichte, sondern du kommst nur vor als Exemplar eines Kollektivs. Nur weil sie dich wahrnehmen als Exemplar einer »Feindgruppe«, greifen sie dich an. Was sie über diese Gruppe denken, welche Schlechtigkeiten sie ihr unterstellen, das hat nun ganz und gar nichts mit dir zu tun. Sie haben nur ihr Feindbild auf dich projiziert, weil sie irgendeinen Gewinn davon haben, und sei er nur eingebildet. Genau darin liegt die Gewalt des rassistischen Denkens, das jede Individualität zerstört. Damit lässt sich das Unrecht des Rassismus erkennen, jedes Rassismus.

Die Erfahrung geht noch weiter. Nicht nur MigrantInnen werden aus Rassismus angegriffen, auch andere Minderheiten, seien es Hipopper, Linke, Schwule oder Obdachlose, werden aus einem ähnlich gestrickten Feindbild-Denken angegriffen. Der Zusammenhang der Feindbilder öffnet Einblicke in den Rechtsextremismus. Rechtsextremismus ist unter diesem Aspekt ein Projekt zur gewaltsamen Vereinheitlichung gesellschaftlicher Vielfalt nach sozialdarwinistischen Kriterien. Diese Erkenntnis könnte ein Ausgangspunkt für eine gegenseitige Solidarisierung der angegriffenen Minderheiten sein, Brücken zwischen communities und Szenen, die ansonsten aneinander vorbei leben.

Die Erfahrung der Opfer ist noch umfassender. Es sind nicht nur die gewalttätigen Angriffe, die das Klima vergiften und zur Ausgrenzung von Minderheiten beitragen. Viele Opfer erleben die feindseligen Blicke auf der Straße, die verletzenden Beschimpfungen und Beleidigungen als Schläge mit eben solcher Wirkung. Und nicht nur die gewalttätigen Neonazis, auch die scheinbar normalen, sich selbst als »neutral« bezeichnenden Bürger stricken mit an der Ausgrenzung. In Schwedt wurde eine afghanische Flüchtlingsfamilie drei Jahre lang mit einem Kleinterror überzogen – die 13-jährige Tochter wurde als »Ausländersau« beschimpft und verfolgt, die Mutter als »Bettlerin« diffamiert, auf die Fußmatte vor der Wohnungstür wurde uriniert, Steine und Knallkörper wurden auf den Balkon geworfen. Ein bekannter rechtsextremer Jugendlicher verdächtigte den Vater, im Supermarkt

gestohlen zu haben, und die Verkäuferin führte eine Durchsuchung des Vaters vor allen Kunden durch. Fast jede Woche Demütigungen und Anfeindungen, das warf die Familie auf ihre Wohnung zurück, die sie wie ein Gefängnis fast nicht mehr verließen, schon gar nichts nachts. Ihr Vertrauen zur deutschen Gesellschaft war nachhaltig gestört, die soziale Isolation warf sie in Depressionen. Bis endlich, nach langem Kampf, die Ausländerbehörde einen Umzug in eine andere Stadt erlaubte.

Die Opfererfahrung umfasst den Rassismus auf der Straße unterhalb der Gewaltschwelle ebenso wie die Diskriminierungen durch Behörden und Gesetze, die besonders Flüchtlinge zu einer unsicheren Lebensperspektive oder zu perspektivloser Untätigkeit verdammen. Manchmal ist schwer zu entscheiden, welche Gewalt verheerender ist: die Gewalt der Neonazis oder die Gewalt der Ausgrenzung durch institutionellen Rassismus. Die Verweigerung gleicher Rechte trägt zur Vorstellung der Minderwertigkeit der Flüchtlinge bei und macht sie zu bevorzugten Angriffsobjekten. Diese Zusammenhänge zu erkennen wäre der erste Schritt, um die Ursachen der rechtsextremen Gewalt zum Thema zu machen und zu bekämpfen.

Selbstorganisierte Gruppen gegen Rechts

Wir haben nie die Hoffnung aufgegeben, dass sich in den Orten, wo rechtsextreme Gewalttaten stattgefunden haben und wir die Opfer unterstützen, Gruppen finden, die bereit sind, sich diesen Erfahrungen auszusetzen und sich mit den Opfern und den potenziell von der Gewalt Betroffenen zu solidarisieren. Denn sie können eine Basis sein, um das Engagement gegen Rechtsextremismus aus dem beliebigen Toleranzgerede herauszuhalten und die Tätersversion zurückzuweisen. Das heißt zuallererst, die Angriffe zu dokumentieren und in einen Zusammenhang zu stellen, Öffentlichkeit zu schaffen für die Perspektive der Opfer auf Rechtsextremismus und Rassismus. Werden diese Erfahrungen in die kommunalen Bündnisse gegen Rechts eingebracht, bieten sie die Chance zu einer wesentlich konkreteren Verortung und Handlungsperspektive als der kleinste gemeinsame Nenner, unter dem sich viele dieser Bündnisse konstituiert haben: für den guten Ruf der eigenen Stadt bzw. gegen Extremismus und Gewalt. Warum schrecken manche Opfer z.B. vor Anzeigen zurück? Haben sie Angst vor der Rache der Täter, kann hier ein wirksamer Schutz organisiert werden? Oder haben sie schlechte Erfahrungen mit der Polizei, die sie abgewiesen hat, wenn sie alleine und ohne Dolmetscher Anzeige stellen wollten? Wie kann diese Situation verbessert werden?

Oder ein anderes Feld: wie kann sich eine nicht-rechte Jugendgruppe organisieren, wenn sie sich nicht durch die einschüchternde Präsenz von Rechtsextremen aus den Clubs und dem öffentlichen Raum verdrängen lassen will? Wie kann eine solche Gruppe gestärkt werden, damit sie nicht in der fatalistischen Opferrolle verharrt, sondern neue Bündnispartner gewinnt und handlungsfähig wird?

Wir haben nie die Hoffnung aufgegeben, dass es möglich ist, Gegenpole zur rechten Hegemonie zu stärken und das Klima vor Ort zu verschieben. Eine Schlüsselrolle dabei spielt, wie mit Opfern umgegangen wird. Kein bloßes Medienthema.

Erschienen in: Auf den Spuren der Zivilgesellschaft – Recherchebroschüre Rechtsextremismus, Pfeffer und Salz e.V. (Hsgb.), Angermünde 2001

OPP